

Bezugspreis
für Halle monatlich für zweiwöchige
Zustellung 2.50 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, für die Post 6.00 Mark
einschließlich Postgebühren. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Buchhandlungen entgegen-
genommen. Im amtlichen Zeitungsgesetz
ist unter Artikel 10 die Zeitung eingetrag-
en. Für unentgeltlich eingetragene
Manuskripte ist keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Sonstige Zeitung ge-
hört. Druck der Expedition für
1140, der Anzeigenblätter Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Karte Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Nr. 517.

Halle, Dienstag, den 4. November.

1910.

Zur Einstellung des Bahnverkehrs.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Um den
verfügbaren Wagenpark für Zwecke der Allgemeinheit voll-
ständig zu machen, werden weitere Maßnahmen des Reichs-
verkehrsministeriums unmittelbar bevor. Durch diese Vor-
ordnungen wird die eigenmächtige mitteleuropäische Ver-
wendung von Waggons unterbunden und unter strenger Aufsicht
gestellt. Soweit bei Privatwagen für Kohlenbeförderungen die
Gesetze bestehen, daß durch ihre Benutzung die gleichmäßige
Verteilung der Kohlen leistungsfähig wird, werden sie der
Verwendung für die Allgemeinheit zugelassen werden.

Einstellung des Personenverkehrs auch in Sachsen.

Dresden, 3. Nov. Bezüglich der Einstellung des
Personenverkehrs wird WB. mitgeteilt, daß die Genera-
ldirektion der sächsischen Staatsbahnen zwar auf die
bedenklichen Folgen dieser einseitigen Maßnahmen
hingewiesen habe, sich aber schließlich den von der
Reichsleitung angegebenen Gründen nicht habe
erschließen können, so daß auch für Sachsen der Per-
sonenverkehr vom 5. bis 15. November eingestellt
wird.

Jeder Personenverkehr vollständig ausgeschlossen.

Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Infolge der
bevorstehenden Einstellung des Personenverkehrs auf
den Eisenbahnen fällt die Möglichkeit fort, die Posten-
beförderungen in den Schnell- und Personenwagen zu befördern.
Zusätzlich können auf den Hauptstrecken nur noch
Eilzüge und die übrigen Güterzüge für den Post-
verkehr benutzt werden. Die damit verknüpfte Ausfalls-
leistung einer großen Zahl von Wagnisposten ist
unvermeidlich. Die Annahme von Expressposten und Post-
paketen (ausgenommen Briefmarken und Postsendungen
für kurze Zeit zu Herrin. Um den Telegraphen für
die wirklich wichtigen Telegramme betriebsfähig er-
halten zu können, wird die Annahme von Glückwunschs-
und Begrüßungs-Telegrammen, sowie von Telegrammen
in nicht dringlichen Familienangelegenheiten und dergleichen
bis auf weiteres eingestellt.

Einschränkung des Telegraphen- und Paketverkehrs.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Vom
Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird mitgeteilt:
Die anlässlich der Erörterungen über die bevor-
stehende Einstellung des Personenverkehrs in der Zeit
vom 5. bis 15. November hier von mehreren Tages-
zeitungen getragene Forderung, die Eisenbahnverwaltung
beauftragt zur Ermöglichung eines beschränkten Per-
sonenverkehrs im Zuge, die bisher als reine Güterzüge
geführt wurden, Bestimmungen anzunehmen, ist unzu-
treffend. Es kann daher nur getarnt werden, auf eine
Verbesserungsmöglichkeit dieser Art zu rechnen. Anträge
auf Zulassung von Reisenden zur Mitfahrt in Güter-
wagen sind zwecklos.

Wiedereinführung des Achtstundentages im sächsischen Bergbau.

Dresden, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In
Erkenntnis der kritischen Lage in der Industrie haben
zunehmend auch die Bergbauindustrien der sächsischen
Stein- und Braunkohlenwerke im Einklang mit dem Reichs-
arbeiterverträge die Wiedereinführung des Achtstun-
dentages beschlossen, zunächst bis Ende März nächsten
Jahres. Sollte sich eine Verlängerung dieser Maßnahme
als notwendig erweisen, so soll eine für den 15. Februar
vorgesehene Verammlung darüber beschließen. Auch die
Sommer- und Festtagsarbeit soll wieder aufgenommen
werden. Wie wir hören, sind bereits am Reformations-
tage sämtliche Bergbauindustrien vollständig eingetreten.

Der Metallarbeiterstreik verschärft sich.

Berlin, 3. Nov. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat die
Generalarbeiterkammer des Metallarbeiterverbandes mit 4000
gegen 17 Stimmen beschlossen: Die vorläufige der Unter-
nehmer über die Arbeitsaufnahme sind völlig unannehmbar.
Der Streik ist keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.
Die Streikenden, Anzeiger und Entlassenen sind bei
Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen und alle Ent-
lassungen rückgängig zu machen. Die Generalversammlung
ruft alle noch arbeitenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf,
sowie in den Solidaritätsstreik einzutreten, und fordert, daß
die politischen Vertretungen der Arbeiterschaft den General-
streik nach Ablauf von 38 Stunden erklären, wenn die Unter-
nehmer von ihrem bisherigen Verhalten nicht ablassen.

Streik der Angestellten in Dresden.

WB. Dresden, 3. Nov. Die kaufmännischen
Angestellten des Großhandels, der Industrie, des
Baus, des Handels und des öffentlichen Lebens sind

mittags zur Durchführung ihrer Tarifforderungen in den
Ausstand getreten. Die Expedition und Schiffahrt ruhen
vollkommen, darunter auch der Hafenbetrieb. Die
Lebensmittelversorgung ist unterbrochen. Vollständig
ausgehört sind die Angestellten der Zigarettenindustrie.
Ruhig ebensfalls vollständig. Heute nachmittags 4 Uhr
finden erneut Verhandlungen zwischen den beiden Par-
teien statt.

Ausweisung des Wiesbadener Bürger- meisters.

WB. Frankfurt a. M., 3. Nov. (Drahtnach-
richt.) Der Oberbürgermeister von Wiesbaden,
Dr. Gläufig, hat nach einer Meldung der „Frankfurter
Zeitung“ heute früh von den Franzosen den Aus-
weisungsbefehl erhalten. Er muß innerhalb 48 Stunden
unter der Begleitung französischer Gendarmen das be-
setzte Gebiet verlassen.

Bestimmungen über die Revolutions- feier in Berlin.

Berlin, 3. Nov. Für die Revolutionsfeier am 9. No-
vember in Berlin wird die Vorführung betreffend An-
meldung von Versammlungen und Feiern in geschlos-
senen Räumen aufgehoben. Beschränkte Versammlungen
unter freiem Himmel an der Berliner Straße sind
gestattet. Jedoch sind Demonstrationen, sowie Ver-
sammlungen unter freiem Himmel in der Innenstadt
verboten. Für den 7. November, den Jahrestag der
russischen Revolution, bleiben die Vorschriften des Be-
lagerungsstandes in vollem Umfang aufrechterhalten.

Das Befinden des Abg. Haase.

Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Wie das „8 Uhr-
Abendblatt“ meldet, haben die behandelnden Ärzte wieder
mehr Hoffnung, das Leben des Abg. Haase zu erhalten.

Neuordnung der Beamtenverhältnisse.

Berlin, 3. Nov. Der frühere Direktor des Deutschen
Beamtenbundes, Falkenberg, der bereits im vorigen
Jahre zum Zwecke der Bearbeitung der Beamtenfrage mit
der Wahrnehmung der Stelle eines Vortragenden Rates im
Reichsministerium des Innern betraut war, ist nunmehr
nach Festabstimmung des Etats zum Geheimen Regierungs-
rat und Vortragenden Rate im Reichsministerium des In-
nern ernannt worden. Falkenberg wird hauptsächlich die
Aufgabe haben, an der Neuordnung der Beamtenverhält-
nisse, wie sie in der Reichsverfassung vorgesehen ist, insbeson-
dere der Frage der Regelung der Beamtenbesoldung, mit-
zuwirken. Mit der Ernennung Falkenbergs ist dem Wunsch
der Reichsregierung, mit der Beamtenfrage in ein festes
Beamteneinkommen zu gelangen, praktisch Rechnung
getragen worden.

Auslegung der Sparprämienanleihe.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Wie wir
hören, sind sämtliche Vorbereitungen zur Auslegung der
neuen Sparprämienanleihe nunmehr vollständig getroffen.
Die Zeichnung beginnt am Montag, den 10. November.
Zeichnungen nehmen entgegen alle Bank, jeder Bankier, jede
Sparkasse und jede Kreditgenossenschaft.

Hilfsförderung der Kriegsgefangenen aus Japan.

Berlin, 3. November. Nach einer amtlichen Mitteilung
der Schweizerischen Gesellschaft in Tokio war in der
zweiten Hälfte des Oktober der Abluß eines Ueberein-
kommens mit der japanischen Regierung über die beschrän-
kte Heimführung der Kriegsgefangenen zu erwarten. Die
Gesellschaft hat die Charterung von Schiffsräumen in die
Hand genommen und in Aussicht gestellt, daß der erste
Transport ungefähr drei Wochen nach Ablauf des Charter-
vertrages abgehen kann, das wäre im Laufe des Monats
November. Nähere Angaben über die Aufnahmefähigkeit der
Transportschiffe, das Datum des Abganges der einzelnen
Schiffe und die anlaufenden Zwischenstationen stehen noch
aus. Sie werden alsbald nach Eintreffen veröffentlicht
werden.

Japan in Sibirien.

Stockholm, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die
sinnliche Presse meldet, daß der außerordentliche Ge-
sandte im japanischen Regierung, General Rato, in
Osaka im Hauptquartier des Kaiserlichen Gesandten für
Eröffnung von Unterhandlungen.

Die Schweiz über die Blockade gegen Rußland.

Bern, 3. Nov. (Schweizerische Telegraphen-Agentur.)
In der Antwortnote betreffend die Blockade gegen Som-
merland hat der Bundesrat dem französischen Minister-
präsidenten Clemenceau mitteilen lassen, daß alle
vorgeschlagenen Maßnahmen vollständig mit dem to-
tally bestehenden zwischen schweizerischen Rußland und der
Schweiz übereinstimmen.

Angeligen

werber d. 6. Sept. 1910, 34 mm B. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 J. berechn. u. in unserer An-
nahmesliste u. allen Anzeigenge-
büllern angenommen. Restanten
die 92 mm B. Milliometerzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschein vom
11. Ubr. für die Sonntags-Dr. abds.
6 Ubr. Abbestellen gegen, soweit zu
läßt, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schick-
lein. u. Haupt-Bezugsstelle: Halle,
Neue Dromedair 14, Gr. Beu-
hausstr. 17. Neben-Bezugsstellen:
Halle 24 und Groß-Weichstr. 52.

Wie wird Elsaß wählen?

Die „Deutsch-Polizei“ tritt aus der Feder
ihres Chefs, des Ministerialrats, Herrn Schar-
nstein, der die frühere Wählerfrage erörtert
haben, folgende in letzter dem. U. U. erschienen
den Wählerkammer mit:

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lotharingen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß gar nicht ausge-
schlossen ist jedenfalls, was zu Anfang der Besetzung
die Franzosen möglich schien: die Wahlen zu einer „Natio-
nalisierung nationaler Wahlen“ zu gestalten und zu diesem
Zweck alle Parteien auf eine einheitliche Liste zu einigen.

Die Sozialisten haben sich zuerst zum gesonderten Vor-
gehen entschlossen; sie haben im Unter- und Oberelsaß
eine eigene Kandidatenliste aufgestellt und wollen den Wahl-
kampf als Klassenkampf gegen die bürgerlichen Parteien und
die kapitalistische Regierung Frankreichs führen. Die bür-
gerlichen Parteien haben demgegenüber im Unterelsaß
keine einheitliche Formel finden können. Die Republi-
kanische Partei (das ehemalige Zentrum) macht im
Augschluß eine zwar nicht augen-lich sehr deutlich in Er-
scheinung tretende, jedoch aber nicht weniger heftige Kreis-
bewegung, die zwischen den alten Führern Wiegler, Tallier,
Welter und der Masse der Parteigenossen schwer ausgleichbare
grundtägliche Gegensätze bestehen. Die alten Parteiführer
sind ausgesprochenen Franzosen, während die Masse der
Kameradenschaft gegen das französische Regime im Lande
sehr hart angefallen, daß der Nationalismus weiter Kreise
nicht mehr gerührt. „Elsaß-Lotharingen“ im Elsaß-Lotharingen
nachdem sich im neutralen Staat sinken könnte. Die
Politik der Untertanen ist im Augenblick aber der Neu-
tralisierung Elsaß-Lotharingen abgesehen, weil sie für Frank-
reich die schärfste moralische Niederlage bedeutet. So
müssen denn die Elsaß-Lotharinger, soweit sie unter fran-
zösischer Herrschaft leben, sich damit begnügen, für die Wäh-
lung ihrer eigenen und die Erhaltung ihrer Einrichtungen
im Rahmen Frankreichs einzutreten. Immerhin aber ist
auch da ein Maß von Autonomie möglich, das weit über den
auch von allfranzösischen Kreisen für die innerfranzösischen
Provinzen erstrebten Regionalismus hinausgeht. Das ale-
manische Deutschland der Elstier lämpft jedenfalls mit all
der Leidenschaft, die es fähig ist, um die Erhaltung seiner
kulturellen und politischen Selbständigkeit und wird nicht
zur Ruhe kommen, solange Frankreich das Land als Kolonie
betrachtet, deren Einwohner möglichst schnell romanisiert wer-
den müssen. Es ist ein Kampf, den Elsaß-Lotharinger nicht
um Deutschlands willen, sondern um ihrer selbst willen. Wie
es sich gegen das Regime von Berlin aus, wie es sich
gegen die Ueberwindung von Dien wehrt, so wehrt es sich
heute gegen das Pariser Regime, gegen die Ueberwindung
von Weiden. Kein Wunder, daß in den Elsaß-Lotharingen
Parteien ausgedehntlich die heftigsten Gegensätze aufeinander-
prallen.

Die bürgerliche Demokratie des Unterelsaß zerfällt
ausgesprochen in 3 Gruppen: die von Reichsminister
Cecard und Reichsminister Charles Frey geleitete „Demokratisch-
Republikanische Partei“, die den derzeitigen Versuch macht,
sowohl auf französisch wie auf elsisch zu sein, und sich in
ihrem Organ, der „Straßburger Neuen Zeitung“ immer
wieder durch die Auffrischung der Deutschen aus den
daraus entstehenden Verlegenheiten zu retten sucht, die „Un-
abhängige Republikanische Partei“ von Fritz Kiefer und
Genossen, die sich um das „Journal d'Alsace-Lorraine“ grup-
pieren und die französische Bourgeoisie um sich zu sammeln
sucht; eine radikal-Gruppe, die sich um Blumenthals' Führung
der radikal-sozialistischen Partei Frankreichs ange-
schlossen hatte und für sofortige Eingliederung Elsaß-Lotharingen
in das französische Departementssystem eingetreten
war, die nunmehr aber unter Luc Wink und Cam. Dahls
Führung zu scharfer Kritik an Frankreich übergegangen
ist und den „Regionalismus“ als notwendiges Hebel an-
erkennt.

Lotharingen steht erneut im Zeichen des Streits. Tau-
sende von Arbeitern sowohl der Eisenindustrie als in
den Feldern sind in Ausland getreten. Die „Straßburger
Freie Presse“ erhebt Protest gegen die Jenius, welche ver-
boten hat, über die Streikfrage zu berichten. „Die ersten
Streiks waren zum Teil mehr inoffizieller Natur, die heutigen
sind rein politisch“, so berichtet die „Straßburger Republik“. Es
besteht kaum mehr ein Zweifel, daß der Plan bestand, im
ganzen Industriegebiet, an der Saar und an der Mosel, so-
wie in übrigen Lotharingen, einen Generalstreik vom Jahre
zu brechen, der zur Revolution gegen das französische Re-
gime führen sollte. Der Streik im Saarland ist bezeugt
worden. Dagegen ist er nun dichters der Grenzen aus-
gesamt. Die Unzulänglichkeit in Lotharingen ist allgemein.
Einige wollen immer das Vaterland setzen, dessen be-
stimmte Verantwortung seit 10 Monaten und haben ihren feindlichen
Feind, den sie erstehen können, an Hofeisen. In Lotharingen
hat man jedoch heute am Hofeisen gepakt und in

der so dringend nötigen Hilfe gestellt, doch mit der Zeit das ganze Land in Empörung geraten ist. Trozdem laßt sich in Ostpreußen ein und der andere angehörende Franzose einen Kammerherrn zu ergattern. General Wambub, der bis vor kurzem Gouverneur von West pr. und mit seinem Schützling, dem Bürgermeister Bremer, von der Bildfläche verschwinden mußte, hat sich auf dieliste der „Union Republikain“ setzen lassen und auch D. Laßle soll in Ostpreußen tennidieren wollen. Sie werden selbst bei der romanischen Grenzbevölkerung einen schweren Stand haben, bei den lettisch-lithuanischen „Hofes“, die im Lande die Wehrkraft haben, wird ihr Lebensmühen wohl vergeblich sein.

Der Oberste Rat und die obereschlesischen Gemeinderatswahlen.

Berlin, 2. Nov. Der international Oberste Rat hat vor einigen Tagen eine Sitzung wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Oberschlesien an die deutsche Regierung gelangen lassen. Da es sich hier um eine rein preussische Angelegenheit handelt, hat sich die Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium ins Benehmen gesetzt. Die Antwort der deutschen Regierung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Die Gemeinderatswahlen sind auf den 9. November anberaumt. Die Werbung einer Telegrafien-Agentur aus Genua, daß die deutsche Antwortorte bereits abgegangen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Auflösung der Friedenskonferenz.

Die Finisztrage noch ungelöst.

H Haag, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung der „New York Sun“ ist die Auflösung der Friedenskonferenz innerhalb kurzer Zeit zu erwarten. Wie es heißt, werden die Amerikaner noch im Laufe des Dezember die Heimreise antreten. Der amerikanische Reichsführer Welles wird, wenn der Frieden mit Ungarn bis dahin noch nicht abgeschlossen ist, zu dessen Unterzeichnung in Paris ernannt werden. Die größten Schwierigkeiten liegen nach wie vor in der Finisztrage. Italien wird, wenn diese Frage bis zur Session der Amerikaner nicht erledigt ist, gezwungen sein, die weiteren Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten durch die Vermittlung des dortigen italienischen Konsultars zu führen haben. Nicht nur Italien, sondern auch alle übrigen interessierten Nationen in Subeuropa und nicht zuletzt Frankreich, werden aber damit nicht einverstanden sein. England schein noch wie vor fest entschlossen zu sein, Willen in seiner unerlöschlichen Haltung Italien gegenüber zu unterstellen. An der letzten Zeit zeigte sich immer mehr, daß die englische und die französische Diplomatie mehr und mehr auseinandergehen. In den jüngsten Tagen hat sich herausgestellt, daß England und Amerika fast in allen Fragen übereinkommen, während andererseits die Spanier, die Clemencau Italiens entgegenbringt, immer deutlicher werden. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Frankreich bei den noch zu erwartenden Regelungen in der Türkei Italiens Unterstützung wünscht, weil die Franzosen in diesen Fragen den Engländern sehr mißtrauisch gegenüberstehen.

Agitationsverbot in Amerika.

San Francisco, 2. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Meldet aus New York, daß Frank Bopes und 33 anderen Gewerkschaftsführer vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Dieses Verbot wurde auf Erlaß des stellvertretenden Generalanwalts ausgefertigt.

435 000 streikende amerikanische Bergarbeiter.

Amsterdam, 3. November. Reuters. In New Yorker Arbeiterkreisen läßt man die Zahl der streikenden Bergarbeiter auf 435 000. Die Zahl der nicht gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter, die die Arbeit nicht eingestellt haben, wird auf 100 bis 200 000 geschätzt.

Amerikanischer Geschäftsträger in Berlin.

Washington, 3. Nov. (Savas.) Der amerikanische Regierungskommissar in Deutschland, Elgie Worring Drexel, ist zum amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ernannt worden.

Die englische Arbeiterpartei.

Amsterdam, 3. Nov. Reuters aus London meldet, gewinnt die Arbeiterpartei bei den Gemeinderatswahlen in London und der Provinz schnell an Boden. In mehreren Londoner Kreisen wird die Arbeiterpartei über eine große Mehrheit verfügen.

London, 3. Nov. Reuters. Der Sekretär des Eisenbahnerverbandes, Thomas, erklärte in einer in Cambridge gehaltenen Rede, die die Verhandlungen zwischen dem Eisenbahnerverband und der Regierung zum Gegenstande hatte der Verband habe der Regierung einen revolutionären Widerstand unterbreitet, der die Anerkennung der Forderungen einschließt, daß die Arbeiter in der Eisenbahn kein Mitglied sein müssen. Thomas sagte: Wir wollen Eisenbahndirektoren sein und werden es auch sein. Keine Partei kann die Schwierigkeiten der anderen kennen, wenn sie nicht miteinander in Fühlung steht. Dies sind die Richtlinien, nach denen wir mit der Regierung über die Lage beraten.

In London.

London, 3. Nov. Reuters. Professor Brentano, Professor Oppenheimer, Dr. Guttmann und der holländische Delegierte Dr. Treub sind hier eingetroffen.

Denikin in Bedrängnis?

Amsterdam, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Straße Jeleninskaja-Gewand gehen die Truppen mit der Regel und meistens nur die ganze Verbindung tagelang unterbrochen. Alle Verträge Denikins, normale Verbindungen zurückzustellen, sind bis jetzt gescheitert. Die Stadt Tschirmer ist immer noch im Besitz der Aufständigen. Alle Wege, die durch das Gouvernement Odeson führen, sind in Unordnung, vielfach ganz und gar unbrauchbar. Im Gouvernement Now sind die Vertreter Denikins fort nach ihrem Erscheinen nieder-

genommen worden. Die gegen die Aufständigen entwichene Expedition lief ohne Erfolg. Die Aufständigen verfügen über reiches Material. Das Gouvernement Nowtaur ist einer der mächtigsten Mittelpunkte der Aufständigenbewegung. Anowoban Blatnatsch ist durch fortwährende Angriffe systematisch zerstört. Die Aufständischen von Kowstow beunruhigen ununterbrochen die hinteren Verbindungen der Denikinschen Front.

Trozkis der Gefangennahme entgangen.

Sankt Petersburg, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der Präsident der nordwestrussischen Regierung, Pjanofow, erzählte in einem seiner zahlreichen Presseinterviews, wie Trozkis gefangen genommen wurde. Als die Truppen Judentitsch in Jaroslaw Selo einmarschierten, erfuhr man, daß dort das Hauptquartier Trozkis gewesen sei und daß er seit seinem Entweichen sich noch in drei Lehnde. Eine schnelle Durchscheidung der Stadt wurde angeordnet und eine Reihe Unteroffiziere und Stadtpolizisten verhaftet, während Trozkis mit einer eisernen Kette, die er ihm an die Brust geschnitten hat, festgesetzt und die militärische Sperre durchführt.

Verständigung zwischen Bermond und der Entente.

Sankt Petersburg, 3. Nov. Eine Meldung aus Arenal besagt, daß seit dem Abbruch der Verhandlungen zwischen Bermond und der Entente eine starke Spannung zwischen den Reichserbarn eingetreten sei, so daß bereits Gerüchte von einem bevorstehenden Brüche umflossen. Diese Gerüchte werden von der letzteren Seite bestritten. Ein englischer Offizier, Mitglied der Militärkommission, erklärte einem Vertreter des Arenal „Tollina Teatje“ in Arenal, daß sich die Beziehungen zwischen Bermond und der Entente verbessert hätten, und daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen sei.

Sankt Petersburg, 3. Nov. Unter englischer Vorherrschaft haben zwischen der russischen und estnischen Regierung Verhandlungen stattgefunden. Diese sollten namentlich zu einem Vertrag zwischen Estland und Estland unter folgenden Bedingungen führen: 1. Estland tritt dem Kreis des Reiches des Reiches Estland beizutreten an Estland. 2. Die Esten haben die estnischen Hilfstruppen zu verlegen. 3. Eventuelle Reute fällt den Esten zu. 4. Der Oberbefehl über die lettisch-estnischen Truppen geht an den General Rahmonor über. Als Gegenleistung haben die Esten die Letzen an der Sigaer Front zu unterstützen. Diese Verhandlungen bedürfen jedoch noch weiterer Vervollständigung. D. W.

Die österreichische Verfassungsfrage.

Wien, 3. Nov. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag berief man sich auf eine Meldung des Wiener Bureau Staatskanzler Krenner über die Verfassungsfrage und betonte, daß in dem Ausmaß, der die Verfassungsfrage betreffen würde, auch Vertreter der anderen Parteien zu den Verhandlungen herangezogen werden. Die Verfassung werde eine demokratische sein und die öffentliche Gewalt werde auf dem Volkswillen beruhen. Der Staatskanzler erläuterte die Verhandlungen der Koalition und erklärte unter lebhaftem Beifall, daß die Einheit des Verfassungsgebietes und der Sozialvergebung die unerlässliche Voraussetzung für die Annahme der Verfassung sei.

Der Erzbischof von Köln im Sterben.

Berlin, 3. November. Die „Germania“ meldet: Im Sterben des Erzbischofs von Köln, Kardinals von Hartmann, der an Gehörlosigkeit leidet, ist eine Verknüpfung eingetreten durch Singschreien von Herzschwäche. Er hat bereits die Sterblichkeitsempfindung empfangen.

Verbot des Schiebertums an Eisenbahnwagen.

Berlin, 3. November. Der Reichsgerichtstag veröffentlicht ein Verbot der unwillkürlichen Benutzung der Eisenbahnwagen und eine Verordnung über die Erhebung eines durch Verringerung der Höchstpreise für Düfte, Helle und Leder sich ergebenden Zuschlaggewinns.

Die Rechte und der Staat.

Die Deutschlandspartei haben sich mit der Abstimmung des Reichshaushalts am 30. Oktober lediglich in einer Demonstration beteiligt. Sie haben sich in der letzten Voraussetzung, daß es auf ihre Zustimmung nicht entkommt, daß der Staat auch ohne ihre Zustimmung nicht existieren könne, um eine für einen Staatsvertreter ganz charakteristische Pflicht heranzukehren, die für die Aufrechterhaltung des Staates unbedingt notwendige Mittel zu beschaffen. Sie haben sich vergangen gegen den Grundsatz, daß kein einziges Mitglied der Nation als Mitglied für sein politisches Handeln bekannt hat.

Wenn man zu einer Frage parlamentarisch Stellung nimmt, so muß man sich immer fragen: Würdest du diese Stellung auch einnehmen, wenn die Mehrheit hätte und dein Votum für den Beschluß des Reichstages ausfällt? Ja oder nein? Wenn anders handelt, der hat nicht an sich selbst.

Die Staatsorgane auf der Rechten würden sich wohl gefühlt haben, den Staat abzulehnen, wenn von ihnen keine neue Annahme abhängig gewesen wäre. Denn die Deutschlandspartei haben in ihrer abweichenden Erklärung von der „selbstverständlichen“ Pflicht, die für die Fortführung der Verwaltung des Reiches notwendig sind, auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Auslagen zu leisten, insbesondere Gehälter, Bezahlung und Löhne zu zahlen.“ Aber diese Pflicht wollen sie nur für die Regierung anerkennen, ihnen selbst schelte der Mut, die Verantwortung zu übernehmen für eine unbedingte Pflicht der Volkserhaltung. Daß die Deutschlandspartei selbst das Bewußtsein hatten, bei der Ablehnung des Staats nur keine Demonstrationspolizist zu sein, dafür liefert die „Kreuzzeitung“ einen glänzenden Beweis, die am 31. Oktober, abends schrieb:

„Es ist doch ein großer Widerspruch, ob der Staat von einer Partei abgelehnt wird, die weiß, daß sie ihn damit zu Falle bräunt, oder ob eine Minoritätspartei sich zu einem solchen Schritt entschließt.“

Wie haben die Parteien früher über eine solche Demonstrationstaktik der Sozialdemokraten gesprochen, wenn diese

ständig bei der Beratung des Reichshaushalts in den Verhandlungen zur Erklärung der Ausgaben des Etats, kennbar aber durch die Abstimmung gegen den Etat der Regierung die Bewilligung zur Ausführung dessen verweigerten, was sie selbst beantragt hatten. Genau so infolge des verwerflichen und verwerflichen was früher die Sozialdemokraten als Vorkämpfer der Abstimmung gegen den Etat geschrien. Auch sie hatten in den Wochen vorher mehrfach die Reichsausgaben zu erhöhen verurteilt.

Die Deutsche Volkspartei war wirklich nicht aufzutreten, als sie sich bei der Entscheidung über den Etat dazu herab, die Demokratiestatistik der Deutschlandspartei mitzumachen.

Die Flage des Reichspräsidenten.

Das „Marinerechtsordnungsblatt“ bringt einen Erlaß über die Flage des Reichspräsidenten (Reichscharakter mit Überflorsch in der Mitte), die Flage des Reichsbeamten (Reichscharakter mit einem Kreuz in der Mitte), sowie die Reichskriegsflage in deren für den Reichspräsidenten in der Mitte und die Reichscharakter mit einem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflage bleibt vorbehalten.

Aus der demokratischen Bewegung.

Eine demokratische Woche.

Die extremen Parteien rechts und links glauben, daß ihr Weizen blüht. Sie unterstützen einander, so oft es geht, allerdings recht unwillig — trotz ihrer gegenseitigen Zoffenheit. Aber sie täuschen sich, wenn sie meinen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich vor ihnen abgeben lassen würde.

Der demokratische Gedanke schreitet fort. Trotz aller Widersprüche, die seiner Ausbreitung sich entgegenstellen. Mit jeder Woche wächst die Erkenntnis, daß nur auf dem Wege der Demokratie ein Fortschritt des deutschen Volkes möglich ist. Die Gründe des alten Systems laßen klar dafür, daß in immer weitere Kreise die Überzeugung von der Unmöglichkeit einer Weiterentwicklung der Lebensverhältnisse aus dem Bestehen, die von den Führern aus der Zeit vor der Revolution zurückzuführen sind, auf die Verhandlungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß tun zu der Bekämpfung des Glaubens an die Möglichkeit des monarchischen Systems bei.

Der wirkliche Stimmung des Volkes will die Deutsche demokratische Partei Ausdruck verliehen durch die Eintragung einer demokratischen Woche in den Tagen vom 18. bis 20. November. Die parlamentarische Vertreter der Partei, neue Reichspräsidenten und in den Reichstagen der einzelnen deutschen Länder werden in dieser Zeit ihren wichtigsten Verfassungen abhalten. Die Parteioberleitung werden demokratische Kurse veranstalten zur Kräftigung der Winterarbeit.

Ihr Verlauf wird zeigen, daß die Hoffnung der Freunde der Demokratie nicht zu trüben ist. Ihre Förderung ist die Fortsetzung des Tages. Ihr Gehört bis zum Juni.

Bericht über den demokratischen Parteitag.

Sieben ist der ausführliche Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitages der Deutschen demokratischen Partei erschienen, der in den Tagen vom 19. bis 22. Juli 1912 in Berlin abgehalten worden ist. Das 400 Seiten starke Werk enthält neben dem Bericht über den allgemeinen Parteitag der Gesamtpartei auch Berichte über die Tagungen der demokratischen Frauen und des Reichsverbandes Deutscher demokratischer Jugendvereine, die im Anschluß an die Verhandlungen der Gesamtpartei in diesen Tagen in Berlin stattgefunden haben. Der Bericht ist herausgegeben von der Reichsgesellschaft der Deutschen demokratischen Partei, Berlin SW. 11, Röhrenstraße 33, und kann von jeder Partei für 5 Mark zuzüglich 40 Pfennig Porto bei Vorauszahlung des Betrages oder gegen Nachnahme von 5.55 Mark bezogen werden. Die Bestellungen erfolgt in der Reichspost bei der Bestellungen.

Am Freitag abend fand in P. a. n. s. d. t. eine von der dortigen Ortsgruppe der demokratischen Partei einberufene Versammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Abg. A. v. S. sprach über: „Deutschlands Notlage“. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Eine Reihe von Anfragen wurden in der Aussprache vom Vorsitzenden beantwortet.

Am Samstag hielt der Reichs- und Landes-Vereins-Vorstand in P. a. n. s. d. t. im Hotel Europa eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Redner war Abg. Julius. Zwei Parteisekretäre der U. S. P., darunter der bekannte Herr Hennig erglängen in der Aussprache das Wort, um in der bekannten Art gegen Vorkriegs- und Kapitalismus zu kämpfen. Interessant war dabei, daß die Redner besapient, Ehrer und Schwedemann seien die Sozialisten gewesen. Die neue Reichspräsidenten ist rationaler. Sie entstehen nicht von Demokratie. Mit solchen und ähnlichen Wägen erglängen sie bei einem Teile der Anwesenden, der aus jenen Seiten bestand. Sprechend. Ein Seiten der Urteilskraft. Wie Henning sagte, sieht man in seiner Umgebung sehr glücklich heim. Bielefeld war er gegenüber dem Herrn Hennig, der nach all dem Vorgekommenen noch den Mut zu öffentlicher Äußerung findet, zu anständig. Aber tiefste wird das später noch einmal nachgeholt, wenn die U. S. P. nicht selbst Hennig abgestützt.

Halle und Umgegend.

Halt. den 4. November 1912.

Stadterordneten-Sitzung.

Am vergangenen Abend der Stov. Sennia, Dr. Keil, Siegler und Keil.

Am vergangenen Abend der Stov. Sennia, Dr. Keil, Siegler und Keil.

Vermisches.

Schweizer Eisentransport. Das Königreich Belgien hat...

Einige getragene Gesetze finden sich in der 'Berl. Allg. Ztg.'...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Der Verkehr auf den deutschen Zuckermarkt zeigte...

Verein deutscher Eisenhüttenleute.

In der am 28. Oktober in Düsseldorf unter dem Vorsitz...

Erzeugung erheblicher Kostenmengen, die der Verkehr...

Börsennotierungsbild.

Berlin, 3. November. Nachdem bereits am Sonnabend...

Devisennotirung.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlung...

Table with exchange rates for New York, London, Hamburg, etc.

Produktenbericht.

Berlin, 3. November. Am Getreidemarkt kommen leicht...

Steuerliche Befragung von Schokoladen- und Kakaopulver...

Kapitalerhöhungen und kein Ende! Täglich wächst die...

Handelssache des deutschen Spielwagens. Ein Schweizer...

Einige Ausstellungen folgte ein Bericht von Direktor Dr....

Verantwortlich für den kollidierten Teil: Carl Selms...

Ein und Verkaufsgesellschaft von Textilindustriellen...

Einige getragene Gesetze finden sich in der 'Berl. Allg. Ztg.'...

Handelssache des deutschen Spielwagens. Ein Schweizer...

Einige Ausstellungen folgte ein Bericht von Direktor Dr....

Verantwortlich für den kollidierten Teil: Carl Selms...

Berliner Börse vom 3. November 1919.

Main stock market table with sections: Deutsche Werte, Ausland, Eisenbahn-Aktien, Schiffahrt-Aktien, Bank-Aktion, Industrie-Aktion.

Vertical text on the right margin containing various notices and advertisements.